

Deutscher Städtetag schlägt Alarm!

Deutschland - Wieder hat der Deutsche Städtetag in diesem Monat Alarm geschlagen: Die Finanzlage vieler Kommunen, so auch unserer, ist weiterhin katastrophal. Das belegt auch unser jüngst erschienene Gemeindefinanzbericht 2014. Ein großes Problem für unser „Parlament“ - die Stadtvertretung in Barmstedt. Es ist die Basis unserer Demokratie – aber den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern wird die Arbeit manchmal ganz schön schwer gemacht. Trotz der knappen Kassen wollen die Kommunen die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, menschenwürdig versorgen. Auch das kostet Geld. Das Land und auch der Bund haben weitere Hilfen in Aussicht gestellt. Ob die Lage sich dadurch verbessert? Wir werden an dem Thema intensiv dran bleiben...
Mehr zum Thema Asyl auf der letzten Seite!



Machen Sie mit! - Diskutieren Sie mit! - Gestalten Sie mit!

Moin Moin!

Herzlich Willkommen in der neuesten Ausgabe des Barmstedter „Stadtgespräch“. Eine kostenlose SPD-Zeitung, auch für Nicht-Mitglieder!
Unsere Themen:

- **Verein Haus & Grund trifft SPD-Fraktion!**
Von Roman Knopik - Seite 2
- **Zum Thema „Fracking“**
Von Ole Korff - Seite 2
- **Kolumne „Mal ehrlich...“**
Von Paul Maler - Seite 2
- **SPD – Die Garantie für ein besseres BAföG!**
Von Ernst D. Rossmann - Seite 3
- **Transatlantische Freihandelsabkommen: Chance oder Gefahr für Europa?**
Von Ulrike Rodust - Seite 3

Zitat:

„Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“

J.F.Kennedy

Barmstedt - Im letzten Jahr sind 8 Barmstedter in die SPD eingetreten. Bei den Kommunalwahlen in Barmstedt haben 1988 Barmstedter Bürgerinnen und Bürger die SPD gewählt. Bei der Europawahl waren es sogar 1140, trotz niedriger Wahlbeteiligung. Man ist also bei uns in guter Gesellschaft, wenn man Barmstedt aktiv mitgestalten möchte.

Zeitlich begrenzte Initiativen zu verschiedenen Themen gibt es in Barmstedt traditionell immer wieder. Und es ist gut so. Der Bürgerentscheid zur Sohlgleite, die Initiative gegen Fracking und manch andere Initiative geben der Politik Richtung und vermehrt auch Handlungsvorgaben. Meist haben diese Initiativen eines gemeinsam: Sie sind gegen Etwas und für etwas Anderes. Sehr positiv ist eine neue Initiative zur Gestaltung der Stadt, aufgerufen durch den Handels- und Gewerbeverein im Sommer. Viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich rege und wollen ihre Stadt gestalten. Wir als SPD hoffen, dass dabei gute Ideen herauskommen, die umsetzbar sind. Sie müssen geprüft und in politische Beschlüsse umgesetzt werden. Natürlich gibt es dabei unterschiedliche Auffassungen der Parteien. Aber, wofür stehen Sie? Wie setzt man diese vielen Handlungsstränge in ein Gesamtkonzept um? Wie steht die SPD zu den einzelnen Themen? Politische Beschlüsse werden oft hitzig diskutiert. Einen Einblick kann man immer wieder im Internet bekommen.

Eine sogenannte Gruppe „Barmstedt“ diskutiert dort. Oft belächelt, emotional, direkt und politisch nicht immer korrekt. In Diskussionen muss man dies auch nicht sein, aber am Tisch der Stadtvertretung schon, denn dort fallen die Entscheidungen. Beraten und verhandelt

werden Beschluss-Vorschläge in den einzelnen Fraktionen vor jeder Stadtvertretersitzung in den Fraktionssitzungen. Die SPD Barmstedt hat zur Vorbereitung dieser Beratungen in der Fraktion drei Arbeitsgruppen gebildet:

1) Finanzen: Wie kommen wir bei den vielen Aufgaben und Wünschen mit unserem Geld aus? Welche Initiativen können wir starten, um mehr Geld zu bekommen und wo kann gespart werden?

2) Stadtentwicklung: Was können wir für die Innenstadt tun? Wo dürfen sich unsere Gewerbebetriebe zukünftig ansiedeln? Wo sollen die neuen Bürger wohnen? Für alle Geldbeutel müssen wir Wohnraum vorhalten! Wo darf Mehrgeschoßwohnungsbau entstehen? Barmstedt wird und muss weiter Zuzug haben.

3) Willkommenskultur: Wie begrüßen wir neue Bürger? Wie gehen wir mit der steigenden Zahl der Mitmenschen um, die durch Gesundheit, Alter oder reduziertes Einkommen den sozialen Anschluss zu verlieren drohen? Wie begrüßen wir Flüchtlinge und Asylbewerber? Wie unterstützen wir die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer? Wie helfen wir bei der sprachlichen und beruflichen Eingliederung – und auch den Deutschen ohne Abschluss und Beruf?

Es wird Zeit, mehr zu wollen! Machen Sie mit! Diskutieren Sie mit! Gestalten Sie mit! Für eine lebhaftere, bunte und faire Welt in Barmstedt! Sprechen Sie uns an!

Ihr *Stefan Bolln*

Liebe Leser, haben Sie Fragen und / oder Vorschläge? Dann besuchen Sie uns doch!

Arbeitskreis Willkommenskultur

Herzlich Willkommen Asylbewerber !!!

Kennen Sie schon Ihren neuen Nachbarn? Vielleicht einen fremd aussehenden Menschen aus einem offensichtlich anderen Kulturkreis, einen unserer neu zugezogenen „Flüchtlinge/Asylbewerber“?

Mehrere Dutzend Menschen sind übers Jahr, in Barmstedt und die Umlandgemeinden verteilt, in Wohnungen oder z. B. einer Unterkunft in Langeln untergebracht worden.

Sie wussten gar nicht, dass es viele dieser Neuankommlinge in Ihrer direkten Nachbarschaft gibt?

Aber: ja – sie sind da! Und Monat für Monat werden es kontinuierlich mehr werden: Menschen, die unendliche Strapazen auf sich genommen haben, um dem in ihrem Land tobenden Bürgerkrieg zu entkommen und nun bei uns Schutz suchen. Die meisten von ihnen möchten auf Dauer hierbleiben und sich ein neues Leben in unserer Mitte aufbauen.

Dies kann aber nur funktionieren, wenn wir sie **gewollt „willkommen heißen“**, uns für sie interessieren, ihnen unsere Hand reichen und ihnen Hilfe anbieten, **damit sie es schaffen, die „ersten Schritte“ zu gehen/machen**, um sich in unserem Alltag zurechtzufinden – lange bevor sie z.B. einen sicheren Bleiberechtsstatus erhalten (das kann bei der jetzigen Bearbeitungszeit in den Behörden mehr als ein Jahr dauern!) Und erst dann haben sie

z.B. ein Recht auf gewisse bezahlte Dienstleistungen, wie z.B. Sprachunterricht.

Die meisten Flüchtlinge möchten sich aber nicht nur unauffällig und tatenlos verhalten, sondern würden am liebsten gleich „los stiefeln“! Aber wie sollen sie es anstellen? Ohne Deutschkenntnisse? Die Sprache ist schließlich „der Schlüssel“ für alle Wege in die Zukunft! Und um eine abschließende „Integration“ Schritt für Schritt zu ermöglichen!

Unsere Asylbewerber wären/sind für jegliche, spontane Hilfestellung dankbar, freuen sich über jedes freundliche Wort und jede „gereichte Hand“!

Wir als SPD engagieren uns verstärkt, um auf die **Situation unserer Flüchtlinge** aufmerksam zu machen.

Uns ist sehr daran gelegen, zwecks Aufklärung/Transparenz Hilfestellungen zu ermöglichen, die dazu beitragen, die Lebensumstände dieser Menschen „lebenswert“ zu gestalten - und zwar direkt in unserer Mitte! Deshalb unterstützen wir vorbehaltlos den Neubau der „Obdachlosen-Asyl-Unterkunft“ an der Feldstr. 1. AK

**Herzlich Willkommen
Asylbewerber !!!**

Kommunalpolitik

Gewerbestandort K18

Barmstedt leidet seit Jahren unter der schwachen Finanzkraft, die weit unter dem Kreis- und Landesdurchschnitt liegt. Um unsere Finanzkraft zu erhöhen, müssen Einnahmen her, die nur über mehr Einwohner und vor allem die Ansiedelung von Gewerbe zu erreichen sind. Die Stadt plante die Ausweisung eines Gewerbegebiets an der K18. Gut gelegen, mit Nähe zur Autobahn und mit wenig zusätzlicher Belastung der Innenstadt durch Verkehr. Der Kreis hat diese Anfrage abgelehnt, basierend auf Regelungen aus den 1970er Jahren und mit schwachen Argumenten wie „Vermeidung von Zersiedelung“ und „nur mit der

Einbindung von Nachbarorten“. Wir glauben, dass da mal wieder „der Amtsschimmel wiehert“! Eine Behörde ist anscheinend nicht bereit, über den Tellerrand zu schauen! Wir werden dieses Thema in die politische Arena werfen und den Druck im Kreistag und im Landtag erhöhen!

Es kann nicht sein, dass die Bemühungen einer Gemeinde, die ihre prekäre Finanzsituation aus eigener Kraft zu beheben versucht, auf dem „Altar uralter behördlicher Richtlinien“ geopfert werden!

Wir werden uns ins Zeug legen! – Das muss anders gehen! RK

Barmstedt

Nicht mit fremden Federn schmücken - liebe BALL !

Ball Zeitung – Nummer 4 – Ausgabe Sept. / Okt. 2014; Baugebiet – Düsterlohe / Bornkamp

Erklärung: Es war geplant, dieses Gebiet unter der Regie der Stadt zu erschließen, als Baugebiet auszuweisen und die Grundstücke direkt zu verkaufen. Die Ball Zeitung titelt auf Seite 2 – **Dumm gelaufen** – Eher möchten wir sagen:

Gut gelaufen und Glück gehabt!

Die BALL ist einigermaßen vermesen, sich diesen „Erfolg“ auf die eigene Fahne zu schreiben!

Nicht der üblichen und allenthalb bekannten massiven Kritik haben wir es zu verdanken, dass letztendlich Schaden von der Stadt abgewendet wurde, **sondern einer überaus aufmerksamen Bürgermeisterin und einem verantwortungsbewussten Amtsleiter.**

Sie waren es, die es merkten!

Hier gebührt der Dank Anderen – Nicht der BALL !

Roman Knopik

Lokale Termine

Berichtigung:

In unserem Artikel „**Sauberes Barmstedt**“ in der Ausgabe Mai 2014 hatten wir berichtet, dass wir keine weiteren Vertreter anderer Fraktionen gesehen hätten. Nun, das war nicht richtig und wir müssen uns korrigieren: Herr H. Schmidt hat sich ebenfalls um ein sauberes Barmstedt bemüht! Das haben wir doch glatt übersehen und bitten daher um Entschuldigung - natürlich auch diejenigen, die wir ebenfalls übersehen haben sollten!

Was bewegt Sie? Was würden Sie gerne an der derzeitigen Politik ändern? Besuchen Sie unserem Stand! Samstag 20.12. 9.30-11.30 Uhr auf dem Marktplatz. Wir freuen uns auf Sie!

Weitere geplante Termine 2015:

- 11.01. - Neujahrsempfang**
In der Grund- und Gemeinschaftsschule in Barmstedt mit MP Torsten Albig
- 27.01. - Gedenktag** an die Opfer des Nationalsozialismus
- 13.02. - Grünkohlessen** des SPD Ortsvereins
- 12.03. - Jahreshauptversammlung** mit Wahlen

Weitere Termine über die Sitzungen der Stadtvertretung und Fraktionssitzungen finden Sie auf unserer Homepage Im Internet.



IMPRESSUM

Barmstedter
„Stadtgespräch“

Herausgeber:

SPD Ortsverein Barmstedt

V.i.S.d.P.:

Stefan Bolln, 04123-921090
stefan.bolln@spd-sh.de

Text:

Roman Knopik
kontakt@knopik.net

Layout:

Christian Bornholdt
c.bornholdt@onlinehome.de

Druck:

Das Tintenfass e.K.
Heiko Krohn. Barmstedt



Schleswig-Holstein

Die **Arbeiterwohlfahrt (AWO)** ist ein dezentral organisierter deutscher Wohlfahrtsverband. Auch in Barmstedt gibt es einen sehr aktiven Ortsverein. Am bekanntesten ist der regelmäßige Treff im **Humburg-Haus** jeden **Dienstag ab 15.00 Uhr**. Hauptsächlich Seniorinnen und Senioren treffen sich bei Kaffee und Kuchen, um zu spielen. Das Angebot ist kostenlos. Bei Interesse können Sie sich telefonisch gerne an die AWO Ortsvereinsvorsitzende **Kirsten Busse** unter **4898** wenden.

Verein Haus & Grund trifft SPD-Fraktion



Durch die Initiative des SPD-Fraktionsvorsitzenden fand am 25. Juni diesen Jahres ein Treffen des Vereins Haus & Grund und der SPD Fraktion statt.

Mit über 1.000 Mitgliedern ist der Verein Haus & Grund eine beachtliche Interessengemeinschaft, deren Meinung und Wünsche gehört werden sollten.

Der 1. Vorsitzende, Hans-Jürgen Schack, führte ein kompetentes Team von 4 Personen an und traf mit unserer Fraktion auf interessierte Zuhörer. Von Seiten der SPD wurde das Gespräch als sehr offen und konstruktiv wahrgenommen. Besprochen wurden Themen wie die Belebung der Innenstadt und die Verkehrsführung.

Mit Bezug auf die Entwicklung von Wohnraum in Barmstedt waren die Informationen des Vereins sehr aufschlussreich. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung der Bevölkerung wird in der Zukunft bezahlbarer, kleinerer Wohnraum benötigt. Generell

sind im Wohnungsbau kleinere Wohnungen stark nachgefragt.

Ferner warnte der Verein Haus & Grund vor einer „Zersiedelung“ Barmstedts und stieß damit in der Fraktion auf offene Ohren. Gemeinsam müssen wir darauf achten, Barmstedt nicht zu einer „Schlafstadt“ verkommen zu lassen!

Wir werden die wertvollen Hinweise des Vereins in unsere Überlegungen aufnehmen, schließlich repräsentiert dieser Verein doch 10% der Barmstedter Bürgerinnen und Bürger.

Am Ende waren sich beide Seiten einig, solche aufgeschlossenen und konstruktiven Gespräche dienen allen und haben eine Fortsetzung verdient.

An dieser Stelle ein herzliches Danke an Herrn Schack und sein Team!

Roman Knopik

Barmstedt / Kreis

Zum Thema „Fracking“

Aus dem Kreistag

Hallo liebe Barmstedterinnen und Barmstedter,

wie ich aus den Medien und verschiedenen Gesprächen entnehmen konnte, beschäftigen sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt im Moment sehr nachhaltig mit dem Thema „Fracking“.

Als Mitglied des Kreistages möchte ich kurz skizzieren, wie sich die Politik des Kreises mit Fracking befasst hat: Da es sich beim Bergbaurecht um ein Bundesgesetz handelt, sind uns rein rechtlich die Hände gebunden. Trotzdem, oder gerade deshalb, hat sich der Kreistag auf Mit-Initiative der SPD-Fraktion klar zum Thema Fracking positioniert: In einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution spricht sich der Kreistag **gegen jegliche Förderung von Gas und Öl aus fossilen Lagerstätten durch das Fracking-Verfahren** im Kreisgebiet aus.

Des Weiteren wird anderen Kommunen, Kreisen und Organisationen Unterstützung zugesagt, die eine Novellierung des Bergbau- und Wasserrechts fordern und dabei auf höhere Umweltstandards abzielen.

Diese Resolution richtet sich auch an die



Ole Korff, MdK

Landesregierung, die sich für eine Bundesratsinitiative für ein Fracking-Verbot einsetzt und hierbei die Unterstützung des Kreises Pinneberg erhält.

In diesem Sinne wünsche ich gutes Gelingen. Die SPD-Fraktion des Kreises wird das Thema weiterhin kritisch im Auge behalten.

Mit freundlichem Gruß,
Ole Korff (MDK)

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf unserer Homepage unter:

/ Infocenter / Fracking

Mal ehrlich...

Den Frieden sichern!

Marcus Tullius Cicero sagte einmal:

„Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.“

Das ist nicht nur auf politischer Bühne zu bedenken, sondern auch auf allen anderen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und privaten Ebenen zu beachten, besonders in der heutigen beschleunigten Zeit.

Warum? Weil unsere demokratische Gesellschaft starken negativen Einflüssen ausgesetzt ist, die da sind: Leistungsdruck, Konkurrenz, Stress, Überreizung und Radikalisierung!

Am schlimmsten wirkt sich die Radikalisierung aus. Wir sehen das besonders deutlich an den grausamen Bürgerkriegen in Syrien, Irak und der Ukraine. Allein die IS-Terror-Milizen sind der Gipfel an Missachtung aller menschlichen Normen.

Das ist aber nur die uns sichtbare und erschreckende Seite der Radikalisierung..., doch es gibt auch eine unauffällige Form davon, die unsere gesamte Gesellschaft nachteilig beeinflusst. Sie findet nicht nur im Internet, sondern genauso in der Politik, im Sport, in der Musik, im Fernsehen, im Kino, in der Showbranche, Kunst und Kultur, sowie in der Werbung und der Geschäftswelt statt.

Selbst das Familienleben und nachbarschaftliche Beziehungen sind davon nicht ausgenommen; es scheint, der Frieden schwindet allgemein dahin...

Darum: den Frieden sichern und festhalten. Unfrieden vermeiden, Unzufriedenheit ebenfalls. Im Gegensatz zu den vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen geht es uns doch noch sehr gut!

Ihr Paul Maler



Ernst Dieter Rossmann, MdB

Roman E. Knopik

SPD – Die Garantie für ein besseres BAföG!

Liebe Barmstedterinnen und Barmstedter,



Ernst Dieter Rossmann

Seit Willy Brandt 1971 das BAföG als Beitrag zur Chancengleichheit in der Bildung eingeführt hat, haben über vier Millionen junge Menschen davon profitiert. Heute noch sagen 80 Prozent der BAföG-Empfänger, dass sie sich ohne diese staatliche Unterstützung kein Studium hätten leisten können.

Deshalb war uns in den Verhandlungen innerhalb der Großen Koalition auch wichtig, für dieses ursozialdemokratische Gesetz – von dem auch 30.000 Schülerinnen und Schüler und Studierende in Schleswig-Holstein profitieren – weitere substantielle Verbesserungen durchzusetzen.

So übernimmt der Bund erst einmal ab 1.1.2015 die kompletten Kosten für das BAföG und entlastet somit die Länder um 1,17 Milliarden Euro im Jahr. Dieses Geld wird frei für die Unterstützung anderer Bildungsaufgaben (Schulen, Hochschulen etc.). Schleswig-Holstein wird um mindestens 36 Millionen Euro pro Jahr entlastet und hat vorbildlich schon erste Schritte eingeleitet für mehr

Lehrerinnen und Lehrer. Das ist eine große Leistung.

Darüber hinaus stellt der Bund ab Wintersemester 2016/2017 zusätzlich ein Gesamtvolumen von 825 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, um die BAföG-Leistungen zu verbessern. Geplant sind die Anhebung der Freibeträge und der Bedarfssätze um 7 Prozent, die Erhöhung des Wohnzuschlags von 224 auf 250 Euro, der Anstieg der Grenzen für den Hinzuverdienst von 400 auf 450 Euro monatlich, die Anhebung des Freibetrags für das Vermögen der BAföG-Bezieher von 5.200 auf 7.500 Euro, der Anstieg des Kinderbetreuungszuschlag von früher 113 bzw. 80 Euro einheitlich für jedes Kind auf 130 Euro.

Das sind Verbesserungen, die sich sehen lassen können. Der Höchstsatz an Förderung steigt von 670 auf 735 Euro und für nicht im Elternhaus Wohnende auf fast 1.000 Euro. Durch die Anhebung der Freibeträge wird der Kreis der Geförderten um

110.000 ausgeweitet. Dadurch profitieren auch Mittelstandsfamilien vom BAföG, gerade auch in Schleswig-Holstein mit seiner unterdurchschnittlichen Einkommensstruktur.

Gewiss: Die SPD hätte sich ein früheres Inkrafttreten der Verbesserungen als 2016/2017 gewünscht. Dies war aber mit der CDU/CSU nicht zu machen. Das Ergebnis ist dennoch ein wirklich großer Erfolg. Es bestätigt sich einmal mehr: Wenn die SPD (mit-)regiert, geht es dem BAföG besser.

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB

Homepage: ernst-dieter-rossmann.de
Facebook: [facebook.com/rossmannpi](https://www.facebook.com/rossmannpi)

Deutschland & Europa

Ulrike Rodust, MdEP

Transatlantische Freihandelsabkommen: Chance oder Gefahr für Europa?

Internationale Handelspolitik war bisher ein Thema das nur auf ein geringes öffentliches Interesse stieß. Seit die EU-Kommission über die Freihandelsabkommen CETA mit Kanada und TTIP mit den USA verhandelt, ist das anders.

Während des Europawahlkampfes ist deutlich geworden, dass viele Menschen in Schleswig-Holstein erhebliche Ängste vor der Ausgestaltung der transatlantischen Abkommen haben. Die Sorge um unsere mühsam errungenen europäischen Standards nehme ich als Europaabgeordnete sehr ernst. Allerdings sind vor der Europawahl von den Gegnern der Handelsabkommen auch gezielt Ängste geschürt worden. Das hat der seriösen Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema sehr geschadet.

Um die in Teilen aufgeheizte öffentliche Debatte endlich zu mehr Sachlichkeit zurückzuführen, habe ich im September Sozialdemokraten aus ganz Schleswig-Holstein zu einer Diskussionsrunde nach Neumünster eingeladen. Dass die Diskussion mit etwa achtzig Gästen geprägt war von durchaus kontroversen aber fairen Beiträgen, freut mich sehr. Wir müssen endlich wieder zu

einer Debatte zurückfinden, die auf Fakten basiert. Und ja: dafür ist mehr Transparenz während der Verhandlungen dringend nötig, da ein Großteil der Verunsicherung auf Gerüchten oder Missverständnissen beruht. Deshalb sollten endlich auch die grundlegenden Verhandlungsdokumente ins Internet gestellt werden – auch die der USA.

Den Verhandlungsführern sollte bewusst sein, dass die Zustimmung des Europäischen Parlaments, ohne die die Abkommen nicht in Kraft treten können, alles andere als selbstverständlich ist.

Meine Fraktion hat schon vor Beginn der TTIP-Verhandlungen klar Position bezogen und deutlich gemacht, dass unsere Zustimmung an eine Liste von Bedingungen geknüpft ist. Für uns gilt: Gemeinsame Spielregeln in der Weltwirtschaft gerne, aber nur solche, die auch das Leben der Menschen verbessern.

Einem Abkommen, das auch nur ansatzweise die Lebensmittelsicherheit, den Datenschutz, Arbeitsstandards oder den Gesundheits- und Umweltschutz in der EU untergräbt, werden wir Sozialdemokraten



Ulrike Rodust, Foto: S. Perrine

ebenso wenig zustimmen wie einem, das die kulturelle Vielfalt in der EU und den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge gefährdet. Zudem lehnen wir außergerichtliche Klagerechte für Investoren gegen Staaten ab.

Klare Kante gegen ein schlechtes Abkommen zu zeigen und deutlich zu machen, dass dieses auch nicht die notwendige Zustimmung einer Mehrheit des Europäischen Parlaments finden wird, bedeutet meiner Ansicht nach aber nicht, dass es nicht lohnt, mit der neuen Kommission weiter um ein gutes Abkommen zu ringen.

Ulrike Rodust, MdEP